

# USA erwägen, führende Menschenrechtsgruppen als 'anti-semitisch' zu erklären

Kongressmitarbeiter mit Kontakten ins Außenministerium zufolge drängt Außenminister Mike Pompeo auf eine solche Erklärung



Geschäftsführender Interim-Direktor von Amnesty International USA erklärte, jegliche Antisemitismus-Vorwürfe seien „haltlos“. | Dan Kitwood / Getty Images

Von NAHAL TOOSI

10/21/2020 03:42 PM EDT

Zwei Quellen zufolge, die mit der Sache vertraut sind, denkt die Trump-Regierung darüber nach, mehrere bekannte internationale Nichtregierungsorganisationen — darunter *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und *Oxfam* — als antisemitisch einzustufen und fordert, dass, Regierungen sie nicht unterstützen sollten.

Der Vorschlag für eine solche Erklärung könnte schon diese Woche aus dem Außenministerium erfolgen. Wenn diese Erklärung tatsächlich zustande kommen sollte, so wird sie wohl aller Wahrscheinlichkeit nach einen Aufschrei unter den zivilgesellschaftlichen Gruppen provozieren und für eine Reihe von gerichtlichen Verfahren den Anstoß geben. Kritiker dieses möglichen Schrittes befürchten auch, dass andere Regierungen sich beflügelt fühlen könnten, verstärkt gegen solche Gruppen vorzugehen. Die genannten Organisationen weisen unterdessen alle gegen sie gerichteten Antisemitismus-Vorwürfe zurück.

Nach Aussage eines Kongressmitarbeiters, der über Kontakte ins Innere des Außenministeriums verfügt, drängt Außenminister Mike Pompeo auf die Erklärung. Pompeo habe eine zukünftige Amtsperiode im Blick und schon eine ganze Reihe von Schritten unternommen, um die Gunst pro-israelischer und evangelikaler Wähler zu gewinnen, die ein Kernstück der Trumpschen Wählerschaft bilden.

Doch der Vorschlag zieht auch den Widerwillen hochrangiger Mitarbeiter des Außenministeriums auf sich. Unter den Gegnern befinden sich Anwälte des Ministeriums, die warnen, dass eine solche Erklärung aus Gründen der freien Meinungsäußerung auf wackligen Füßen stehe, zu einer Klagewelle führen könne, und dass ihr womöglich sogar eine ordnungsgemäße verwaltungsrechtliche Grundlage fehle.

Auf eine Bitte um Stellungnahme reagierten die Sprecher des Außenministeriums am Mittwoch nicht. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Behörde mit Kontakten in die inneren Kreise bestätigte aber die Grundzüge der Erklärung und sagte, es bestehe die Möglichkeit dass sie in Kürze veröffentlicht werde.

Man erwarte, dass die Erklärung in Form eines Berichts aus dem Büro des Sonderbeauftragten für die Beobachtung und Bekämpfung des Antisemitismus in den USA, Elan Carr, erscheinen werde. Der Bericht führe Organisationen wie *Oxfam*, *Human Rights Watch* und *Amnesty International* namentlich auf und halte fest, dass es die Politik der USA sei, solche Gruppen nicht zu unterstützen, auch nicht finanziell, und andere Regierungen darauf zu drängen, ihre Unterstützungsleistungen einzustellen.

Er beziehe sich auf die angebliche oder vermeintliche Schützenhilfe dieser Gruppen für die BDS-Bewegung (Boykott, Sanktionen, Investitionsrückzug), die Israel wegen der Errichtung von Siedlungen auf dem Land, das Palästinenser\_innen für einen zukünftigen Staat beanspruchen, ins Zielvisier genommen habe.

Es werde auch davon ausgegangen, dass hierbei auf Berichte und Pressemitteilungen hingewiesen werde, die diese Gruppen über die Auswirkungen israelischer Siedlungen veröffentlicht haben, sowie auf deren Mitwirkung an oder ihre vermeintliche Unterstützung für eine Datenbank der Vereinten Nationen, in der Unternehmen aufgelistet sind, die in umstrittenen Gebieten Geschäfte machen.

Welche materiellen Auswirkungen eine solche Erklärung für die genannten Organisationen mit sich bringen könnte, bleibt zunächst unklar. Dies könnte jedoch davon abhängen, welche Sektionen oder Abteilungen der jeweiligen Organisationen hier im Einzelnen aufgezählt werden. *Human Rights Watch* und *Amnesty International USA* nehmen zum Beispiel keine Gelder der US-Regierung an. Auch *Oxfam America* lehnt jede finanzielle Förderung durch die US-Regierung ab, doch könnten ihre Partnerorganisationen in Übersee, je nachdem, wie Dinge dort liegen, durchaus einige US-Dollar für sich in Anspruch nehmen.

Von den genannten Gruppen unterstützen nicht alle offiziell die BDS-Bewegung oder nehmen eine Position dazu ein. Doch sie haben sich alle mehr oder weniger kritisch über die israelische Siedlungspolitik und über Israels Vorgehensweisen gegenüber Palästinenser\_innen geäußert, weshalb pro-israelische Organisationen behaupten, die Aktivitäten dieser Gruppen stellten trotz alledem eine Unterstützung für die BDS-Bewegung darstellten und seien damit antisemitisch.

Die Mitarbeiter der drei betroffenen Organisationen wussten nichts von der eventuell bevorstehenden Erklärung des Außenministeriums, bis sie von POLITICO kontaktiert wurden.

Bob Goodfellow, der geschäftsführende Interim-Direktor von Amnesty International USA, erklärte, dass jegliche Antisemitismus-Vorwürfe „haltlos“ seien.

In einer Stellungnahme sagte er: *„AIUSA ist dem Kampf gegen Antisemitismus und alle Formen des Hasses weltweit zutiefst verpflichtet und wird Menschen weiterhin überall dort schützen, wo ihnen Gerechtigkeit, Freiheit, Wahrheit und Würde verweigert werden. Wir weisen jegliche Vorwürfe des Antisemitismus gegen uns entschieden zurück und werden mit Freuden auf die Attacken des Außenministeriums in vollem Umfang reagieren.“*

Noah Gottschalk, zuständig für die globale Strategie bei *Oxfam America*, wies Vorwürfe des Antisemitismus ebenfalls als „unaufrichtig“ und „beleidigend“ zurück.

*„Oxfam unterstützt weder die BDS-Bewegung, noch rufen wir zum Boykott Israels oder eines anderen Landes auf,“* so Gottschalk. *„Seit Jahrzehnten arbeiten wir als Oxfam mit unseren israelischen und palästinensischen Partnern dafür, die Menschenrechte vor Ort zu befördern, und stellen israelischen und palästinensischen Gemeinden lebensrettende Hilfsleistungen zur Verfügung. Mit unserer Arbeit stehen wir für eine lange Tradition zum Schutz des Lebens, der Menschenrechte und der Zukunft aller Menschen in Israeli und den palästinensischen Gebieten.“*

Eric Goldstein, Vertreter von *Human Rights Watch*, hielt fest, dass die Trump-Regierung häufig auf die Arbeit von Gruppen wie der seinen baue, um ihren eigenen politischen Positionen Gültigkeit zu verleihen.

„Wir bekämpfen alle Formen von Diskriminierung, auch den Antisemitismus,“ sagte Goldstein in einer Stellungnahme. „Es ist nicht dasselbe, ob man die Politik einer Regierung kritisiert oder ob man gegen eine bestimmte Gruppe von Personen vorgeht. So macht uns zum Beispiel unsere Kritik an politischen Strategien der US-Regierung ja auch nicht zu Anti-Amerikanern.“

Der Entwurf für die Erklärung des Außenministeriums bezieht einen großen Teil seiner Informationen aus dem *NGO-Monitor*, einer pro-israelische Webseite, die die Aktivitäten von Menschenrechts- und anderen Organisationen nachverfolgt und diese häufig beschuldigt, anti-israelisch zu sein.

Im vergangenen Jahr verwies Israel den Recherchebeauftragten von *Human Rights Watch* Omar Shakir des Landes und beschuldigte ihn, die *BDS*-Bewegung zu unterstützen. *Human Rights Watch* und Omar Shakir, seines Zeichens US-amerikanischer Staatsbürger, wiesen den Vorwurf zurück.

Am heutigen Mittwoch verweigerte ein Sprecher der israelischen Botschaft jeden Kommentar, als er auf die eventuell anstehende US-Erklärung angesprochen wurde.